

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

170 (13.4.1921) Abendausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik und Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld und Garten / Volk und Heimat.

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiermer.

Redaktion: S. B. Schneider, Postfach 100, Karlsruhe. Druck: S. B. Schneider, Postfach 100, Karlsruhe.

Bestandteile: In Karlsruher Fremden-Verzeichnis... Einzelnummer 20 Pfennig.

Die Kongreßbotschaft des Präsidenten Harding.

Gegen Versailler Vertrag und Völkerbund.

Washington, 13. April. Die Botschaft des Präsidenten Harding an den Kongreß enthält folgende Vorschläge: 1. Sofortige Bestätigung einer Kottarifgesetzgebung... 2. Maßnahmen zwecks wirksameren Betriebes der Eisenbahnen... 3. Schaffung besserer Strafen... 4. Maßnahmen zur Regelung und Förderung des Heeres- und des Zivilluftwesens... 5. Schaffung und Aufrechterhaltung einer großen amerikanischen Handelsmarine... 6. Maßnahmen, um in praktischer Weise den ehemaligen Kriegsteilnehmern die Dankbarkeit des Landes zu zeigen... 7. Neuorganisation des Steuerwesens... 8. Methodische und allmähliche Liquidierung der Kriegsschulden des Landes... 9. Allgemeine Verminderung der Kosten für die Regierung... Die Botschaft enthält auch eine Beurteilung der Unjustiz.

Washington, 13. April. In der Botschaft des Präsidenten Harding heißt es: Die Dringlichkeit eines sofortigen Tarifnotgesetzes kann nicht genug hervorgehoben werden. Ich habe keine Sympathie mit der Idee, daß eine Flut eingeführter Waren die Kosten des Lebensunterhaltes herabsetzen werden, eher wird dadurch unsere Kaufkraft gestärkt. Eine Revision des Tarifgesetzes muß auf eine Schutzhollpolitik gegründet sein. Die Ausdehnung der im Vorkriegsamerika befindlichen und von ihm betriebenen Rabeln und Radiosysteme muß gefördert werden; denn es ist wesentlich, daß unsere Kaufkraft die größten Verbindungsmöglichkeiten und die Vorteile haben, die der Welt zu vernünftigen Gebühren bietet.

Washington, 13. April. In der Botschaft des Präsidenten Harding lautet wie folgt: An dem augenblicklichen Bund einer Weltregierung mit seinen Ueberrollmächten wird unsere Republik keinen Teil haben. Es kann hier keine Bedeutung geben. Einen Verrat an dem wohlwollendsten Willensausdruck des amerikanischen Volkes bei den letzten Wahlen wird es nicht geben, und es ist sehr schwer, der Welt im allgemeinen und unseren Alliierten im Krieges im besonderen zu erklären, daß der Völkerbundsvertrag unsere Zustimmung nicht erhalten kann. Ganz offensichtlich wurde das höchste Ziel des Völkerbundes dadurch hinfallig gemacht, daß der Bund mit dem Friedensvertrag verknüpft und dadurch zum Zwangsmittel der Sieger im Krieges wurde. Die fundamentalen Ziele, die jede solche Vereinbarung zu erreichen sucht, können nicht bestehen, solange diese Vereinbarung das Organ irgend eines besonderen Vertrages ist oder zur Erreichung der besonderen Ziele irgend einer Nation oder einer Gruppe von Nationen bestimmt sind. Das bei den Wahlen gegebene Versprechen, nach einem Verbands der Nationen zu streben, wird nicht gehalten werden.

Das Matininterview von Dr. Simons.

Berlin, 13. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „N. B. Z.“ meldet aus Paris: Die deutsche Regierung hat gestern eine Erklärung verbreitet, die Einzelheiten der Unterredung, die Dr. Simons dem Berichterstatter des „Matin“, Sauerwein, in der Schweiz gewährt hat, richtiggestellt. Unter anderem erklärte die deutsche Regierung, Dr. Simons habe nicht gesagt, er würde nicht an einer Regierung mitwirken, die nicht bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gehen wolle, sondern er habe auf zukünftige Möglichkeiten hinweisend gesagt, er würde niemals in einer neuen Regierung mitwirken, die nicht bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gehen wolle. Es handelt sich also hier um den wichtigsten Sachverhalt, der den deutschen Presseberichter nach zu urteilen bei den deutschen Kabinettsmitgliedern besondere Vermutung erregt hat. Sauerwein nimmt zu dem Dementi Stellung und erklärt, daß der Sachverhalt, wie ihn Dr. Simons nach dem Dementi gesagt haben soll, für einen Minister, der sich im Amte befindet, jeden klaren Sinn hätte vermissen lassen. Der Sachverhalt sei so gesprochen worden, wie er ihn wiedergegeben habe. Der „Matin“ bezweifelt, daß Dr. Simons die Aufklärung selbst verfehlt habe. Sauerwein erklärt, er habe die Äußerungen des Ministers telegraphisch aufgenommen und den Bericht dreizehn Stunden später dem Minister vorlegen lassen. Dem Bericht sei nicht einmal ein Komma ohne die vorherige Genehmigung von Dr. Simons eingefügt worden.

Eine Erfindung.

Basel, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach Erkundigungen der schweizerischen Depeschagentur bei den schweizerischen Konsulaten in Bern den Bundesrat um Vermittlung zwischen den Alliierten und Deutschland in der Reparationsfrage ersuchte, auf seiner Erfindung. Dr. Simons habe lediglich den Bundesrat über die deutsche Auffassung in der Wiedergutmachungsfrage unterrichtet und dabei die bereits bekannte Mitteilung gemacht, daß Deutschland demnach Gelegenheit zu erhalten hoffe, seinen guten Willen in der Frage der Wiedergutmachungen zu beweisen.

Erklärung des Friedenszustandes zu machen. Wir würden sonst bei der Verbesserung der Fehler der vollenziehenden Gewalt, die beim Abschluß des wichtigen Vertrages in der Geschichte der Nationen die schlechtesten Beschlüsse überschritten, der Nation der Vereinigten Staaten einen schlechten Dienst erweisen, bevor wir nicht von neuem unsere Fähigkeiten zum Zusammenwirken in der Anordnung der Beschlüsse, die die Verfassung verlangt, beweisen, und keinerlei Verträge können abgeschlossen werden, die unsere Verpflichtungen an Kriege außer acht lassen. Für die Zukunft kann keine nützliche Gesellschaft der Nationen, auf Gerechtigkeit gegründet und zum Frieden verpflichtet werden, bevor Verträge, die den Frieden wieder herstellen, von Nationen besiegelt werden, die sich im Kriege befanden.

Harding sagte zum Schluß: Für die vollständige Wiederherstellung des Friedens und zur Verwirklichung der amerikanischen Bestrebungen nach einem Verbands der Nationen zur Unterstüßung der Welt ohne Weltregierung werde er sich vorbereiten, indem er sich der hohen Privilegien und der überragenden Pflicht der Vereinigten Staaten in dieser kritischen Periode der Welt vor Augen halte.

Der Fall Bergdoll.

Koblenz, 13. April. In maßgebenden Kreisen verlautet, daß die amerikanische Regierung die Auslieferung des Deutschamerikaners Bergdoll an die Vereinigten Staaten notwendigerweise als eine diplomatische Frage betrachten muß, die bereits im Staatsdepartement bearbeitet wird. Staatssekretär Weeks erklärte, das Kriegsdepartement werde Maßnahmen ergreifen, um die Auslieferung Bergdolls und die Aburteilung durch ein amerikanisches Militärgericht zu erwirken.

Die Verhandlungen mit der Entschädigungskommission.

Paris, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Ein von der Reparationskommission ausgegebenes offizielles Communiqué meldet: Die Reparationskommission hat heute die Anhörung der deutschen Abordnung über die Festsetzung der Entschädigungskommission beendet. Die Ansprüche, welche die einzelnen Alliiertenstaaten erheben, wurden der deutschen Abordnung zwischen dem 9. und 20. Februar übermittelt. Seit diesen Tagen hat die Kommission mehr als 12 Denkschriften bezüglich der Entschädigung erhalten und außerdem hat sie auch in mehreren hundert von Fällen Vorbringen um Aufklärung, die die deutsche Delegation überreicht hat, beantwortet. Sie hat ferner ermöglicht, daß die deutschen Sachverständigen sich mit den Sachverständigen der alliierten Länder zusammenfinden konnten, um gemeinsam mit den alliierten Sachverständigen die von der Entente geforderte Entschädigung zu studieren. In feierlichen Sitzungen hat sie jetzt die deutsche Abordnung 20 Male empfangen. Diese Empfänge dauerten vom 22. März bis 12. April fort. Im Namen ihrer Regierung gab die deutsche Delegation die Erklärung ab, die sich etwa folgendermaßen wiedergeben läßt: Der große Teil der Forderungen, die die Alliiertenmächte erheben, enthält keinerlei genügende Angaben und Beweismittel, um die Methode zu prüfen, wie die Alliierten die Schätzung der Entschädigung vornehmen, um zu den Ziffern zu kommen. Außerdem wurden die Schätzungen von vielen Ziffern von der Wiederherstellungskommission zu spät übermittelt, so daß die deutsche Abordnung zu wenig Zeit hatte, um sie genau nachzuprüfen. Demnach konnten die Anstrengungen der deutschen Abordnung und der Wiederherstellungskommission keinen Erfolg haben und zu keiner objektiven Festsetzung der Höhe der Gesamtschätzungssumme führen. Nur in gewissen Fällen war es ihr möglich, die deutschen Schätzungen denjenigen der Alliiertenmächte gegenüberzustellen. Gegenüber den Schätzungen mußte sich die Abordnung damit begnügen, einzelne Einwendungen vorzubringen. Auf diese Erklärung gab der Präsident der Wiederherstellungskommission eine Antwort, die besagt, daß die Wiederherstellungskommission der Ansicht sei, daß die Artikel 232 des Friedensvertrages außerordentlich weitgehend ausgelegt habe. Die nächste Sitzung der Wiederherstellungskommission findet Mitte nächster Woche statt. Sie soll aber nur vorbereitenden Charakter haben. In der nächsten Woche der Wiederherstellungskommission, deren Zusammentrittsdatum noch nicht bekannt ist, soll die Gesamthöhe der deutschen Entschädigungssumme festgelegt werden.

Die ungarische Königsfrage.

Berlin, 13. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Entscheidung über das Gelingen der von preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald unternommenen Versuche der Kabinettsbildung wird kaum vor heute abend zu erwarten sein. Der Ministerpräsident wird erst heute nachmittags seine Verhandlungen mit den Fraktionen fortsetzen, die auch für heute nachmittags Sitzungen anberaumt haben. Stegerwalds Bemühungen gehen vorläufig in der Richtung weiter, die gestern eingeschlagen worden ist: Bildung eines Kabinetts aus Vertretern der bisherigen Koalitionsparteien und Zuziehung von Ministern außerhalb dieser Parteien, die aber wohl der deutschen Volkspartei nahestehen sollen.

Die preussische Regierungsfrage.

Berlin, 13. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Entscheidung über das Gelingen der von preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald unternommenen Versuche der Kabinettsbildung wird kaum vor heute abend zu erwarten sein. Der Ministerpräsident wird erst heute nachmittags seine Verhandlungen mit den Fraktionen fortsetzen, die auch für heute nachmittags Sitzungen anberaumt haben. Stegerwalds Bemühungen gehen vorläufig in der Richtung weiter, die gestern eingeschlagen worden ist: Bildung eines Kabinetts aus Vertretern der bisherigen Koalitionsparteien und Zuziehung von Ministern außerhalb dieser Parteien, die aber wohl der deutschen Volkspartei nahestehen sollen.

Umschau.

Die Botschaft des amerikanischen Präsidenten an den Kongreß, die wir nebenstehend im Auszug wiedergeben und die gestern veröffentlichten offiziellen Richtlinien der Politik der Vereinigten Staaten liefen die Schleier, die bisher über den Absichten der neuen republikanischen Administration im Weissen Hause lagen. Daß es so lange dauerte, bis Klarheit über die Ziele der neuen amerikanischen Politik geschaffen wurde, lag daran, daß auch innerhalb der republikanischen Partei weitgehende Gegenüberstände über die Grundlagen der amerikanischen Politik vorhanden waren. Während die um den Senator Jones sich gruppierenden konservativen Elemente sich auf die Programmpunkte für Zollschutz und für strenge Anlehnung an die Monroelehre beschränken wollten, traten Hughes und Hoover im Hinblick vor allem auf die Handelsinteressen für eine Neuorientierung unter Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge ein, aus denen der europäische Kontinent und vor allem Mitteleuropa nach ihrer Ansicht nicht völlig ausgeschlossen werden können. Was jetzt zustande gekommen ist, erscheint uns als ein glückliches Kompromiß, das auf der Erkenntnis beruht, daß auch eine rein amerikanische Politik nicht auf dem Jostlerhemel gemacht werden kann, daß vielmehr die amerikanischen Interessen auch in Mittel- und Südamerika, im Stillen Ozean und gegenüber den politischen und weltwirtschaftlichen Bestrebungen Englands nur auf der Grundlage einer vorherigen Beruhigung des europäischen Festlandes zielbewußt verfolgt werden können. Die letzten Ziele der republikanischen Partei bleiben nach diesem Kompromiß unverändert, nur die Methoden weichen ab von den Rezepten der unentwegten Befechter der Monroelehre, die Europa sich vollkommen selbst überlassen wollen. Das heißt durchaus nicht, daß die Wünsche, mit denen Wilson nach Amerika gekommen ist, ihre Erfüllung gefunden hätten. Die französische Regierung verfolgte zwar durchaus das Ziel, die Vereinigten Staaten an den wirtschaftlichen und politischen Fragen Europas in stärkerer Maße zu interessieren als es nach den Traditionen der republikanischen Partei und den im Wahlkampf verkündigten Zielen zu erwarten war. Aber die Richtung, die die Beteiligung der amerikanischen Politik an den europäischen Fragen nun einzunehmen scheint, dürfte dem Quai d'Orsay doch noch unangenehm sein als die völlige Nichtbeteiligung. Allerdings beginnen die gestern veröffentlichten Richtlinien mit der Feststellung, daß die Vereinigten Staaten ihren ganzen Einfluß ausüben werden, um Deutschland zu Wiedergutmachungsleistungen in den Grenzen seiner Fähigkeit zu veranlassen. Wenn jedoch die französische Regierung immer noch versuchen sollte, aus dieser Blüte Honig zu saugen, so würde sie doch damit die Täuschungsmanöver gegenüber dem eigenen Publikum allzuweit treiben. Nicht nur, daß man an den Worten in „den Grenzen seiner Fähigkeit“ nicht ohne weiteres vorbeigehen kann, die Richtlinien stellen darüber hinaus ganz eindeutig fest, daß die Vereinigten Staaten allen aggressiven Maßnahmen, die den Imperialismus begünstigen, durchaus ablehnend gegenüber stehen, und fordern von Frankreich, daß es Deutschland nicht ausbeuten, sondern im Gegenteil zur Entwicklung der deutschen industriellen Hilfsquellen die Hand reichen soll. Damit ist eine ziemlich deutliche Warnung an die französische Adresse ausgesprochen, von der zum 1. Mai geplanten und bereits drohend angekündigte Erweiterung der Sanktionen Abstand zu nehmen und vielmehr zu versuchen, mit Deutschland zu einer Verständigung über die Beteiligung Deutschlands am französischen Wiederaufbau zu gelangen. In Berlin spricht man sogar schon davon, daß amerikanische Vermittlungsaktionen vor der Tür ständen und will auch durchaus verbürgt wissen, daß die aus Amerika kommenden Nachrichten über einen dahin zielenden Schritt Hardings nicht der Grundlage entbehren. Man will weiter wissen, daß die Vereinigten Staaten von neutraler europäischer Seite um diese Vermittlungsaktion gebeten worden waren. Diese Gerüchte lassen sich zwar sehr gut mit den offiziösen bekannt gegebenen Richtlinien vereinigen, aber es bleibt immerhin zu bedenken, daß der neue amerikanische Präsident einen solchen Schritt nicht unternehmen kann, ohne sich vorher durch Fühlungsnahme bei der deutschen und bei den alliierten Regierungen über die Erfolgsaussichten ein lautes Bild geschaffen zu haben. Daß die vermittelnde Richtung, die die amerikanische Politik sich einzuschlagen bemüht, außer der im amerikanischen Handelsinteresse gelegenen „Stabilitisierung der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt“ auch klare politische Zwecke verfolgt, ist hier schon verschiedentlich angedeutet worden und erzählt in der Kongreßbotschaft ihre Bestätigung. Der wirtschaftliche und weltpolitische Gegner der Vereinigten Staaten, dessen Streben nach Weltbeherrschung Amerika zunächst mit diplomatischen und politischen Mitteln zu durchkreuzen suchen muß, ist England und das mit ihm verbündete Japan. Die Begründung, die Harding in seiner Kongreßbotschaft für die Ablehnung des Völkerbundsvertrages gibt, ist ganz deutlich. Der amerikanische Präsident will zwar dem Wahlversprechen, nach einem Verbands der Nationen zu streben, Treue halten, aber den Versailler Völkerbund lehnt er ab, weil er nicht die Vereinigung gleichberechtigter Partner in einem Bunde, sondern „eine Weltregierung mit Ueberrollmächten“ darstellt, weil er zur Erreichung der besonderen Ziele einer Gruppe von Nationen bestimmt ist. Da aber im Versailler Völkerbund die mächtigste Gruppe das britische Weltreich mit den sechs Stimmen des Mutterlandes und der Kolonien ist, da Englands unausgesprochenes Ziel ist, den Versailler Völkerbund als eine Organisationsform zur Sicherung der britischen Weltbeherrschung zu benutzen, und die Vollmachten der Ueberregierung in London zu zentralisieren, so ist die Tendenz der Harding'schen Begründung im letzten Grunde gegen die englischen Bestrebungen gerichtet, wenn auch vielleicht heute die Franzosen sie im höchsten Grade als gegen ihre Aspirationen gerichtet betrachten werden. Die Ablehnung des Versailler Vertrages und seines Völkerbundsstatuts, das wegen seiner Verletzung mit dem Vertrag zum „Zwangsmittel der Sieger im Kriege“ geworden sei, wird zweifellos den Politikern an der Seine schwer auf die Nerven fallen. Auf die Dauer aber muß dies den Franzosen eine Lehre sein und es kann, wenn die französische Regierung vernünftig ist und auf die Wandlungen der öffentlichen Meinung in Frankreich Acht gibt, nur zum Heile Frankreichs ausschlagen. Da Frankreich von selbst nicht zur Beschränkung bereit ist, muß ihm der

Zwang zur Beschränkung und zur Verständigung mit Deutschland auferlegt werden, einer Verständigung, die allein Deutschland und Frankreich vor dem Ruin retten kann.

trags und des Völkervertrags mit der Harding'schen Begründung dieser Ablehnung und mit dem amerikanischen Sonderfrieden mit Deutschland zu seinem eigenen Besten abfinden, mag es ihm auch heute noch so schwer werden.

Kritik hervorgerufen. Man behauptet, die Kommunisten hätten sich verkauft, wenn man nicht gegen sie eingeschritten wäre. Vielleicht vielleicht auch nicht! In Konstanz, wo aus besonderen Gründen Versammlungen unter freiem Himmel nicht verboten wurden, sind auch ernste Vorfälle vorgekommen.

Badischer Landtag.

Die Unruhen in Baden. — Der Lehrer Exerzierplatz.

Der badische Landtag begann seine erste Sitzung nach den Ferien mit einer mehr als einstündigen Rede des Ministers des Innern, Kemmle, über die Unruhen in Karlsruhe und Mannheim.

Die Polizei hatte den Auftrag, Demonstrationen und Ansammlungen zu verhindern. Die Arbeit der kommunistischen Drahtzieher hat es dann vermocht, daß hier in Karlsruhe ein gänzlich unbeteiligter, in Mannheim drei Menschen getötet wurden.

Die kommunistische Bewegung in Baden hat ihre Stützpunkte in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim und Heidelberg. Beide Gruppen der Kommunisten besitzen, nach Weisen, die die Regierung in Händen hat, illegale Kampforganisationen.

Der Rest der Sitzung wurde durch die Debatte über die Stedlung auf dem Lehrer Exerzierplatz ausgefüllt. Anscheinend sind den vertriebenen Elsäß-Vertriebenen durch das frühere Arbeitsministerium Versprechungen gemacht worden, die den Interessen der um den Exerzierplatz gelegenen Gemeinden entgegenstehen.

Sitzungs-Bericht.

35. Sitzung.

Präsident: Dr. Kopf.

Am Regierungstisch Trunk, Engler, Kemmle und Regierungskommissare. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr und erteilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem Minister des Innern zu einer

Erklärung über die Unruhen in Baden.

Minister Kemmle: Am 29. März ist es in Karlsruhe und Mannheim infolge von Provokationen zu Blutvergießen gekommen.

Präsident Dr. Kopf: Ich glaube feststellen zu können, daß das ganze Haus hinter den Ausführungen des Ministers steht. Die Regierung trifft keine Schuld, denn die Staatsautorität muß erhalten bleiben.

Eine Debatte wird nicht gewünscht. Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt der Abgeordnete Niederbühl (Dem.), was aus dem Material des Hrn. Dr. Glodner über ein Gebäudeversicherungsgeheim geworden ist.

Der Präsident gibt die Eingänge bekannt: Dann tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

1. Andreas Fischer-Weisenheim (D. N.) über die Verpachtung des Lehrer Exerzierplatzes, eines landwirtschaftlichen Baulandes. Der Verpachtungsausschuß, der den Antrag Fischer beraten hat, beantragt, der Ratstag wolle beschließen:

1. die Regierung zu ersuchen, daß der Exerzierplatz nicht bei Jungsmier an die anliegenden Gemeinden, hauptsächlich auch an solche, die durch den Friedensvertrag linksrheinisches Gelände verloren haben, zum Zwecke landwirtschaftlicher Bebauung verpachtet und nicht, wie bereits vom Arbeitsministerium beschlossen, in solch nicht benötigtem Bezirk eine Siedlung angelegt wird;

2. der Regierung zu empfehlen, die Elsäßer Siedler, deren Ansiedlung auf dem Exerzierplatz in Aussicht genommen ist, auf dem Exerzierplatz auf dem Gelände Teutschneureut oder an anderen geeigneten Orten anzusiedeln.

Wielhauer (Dem.) als Berichterstatter des Ausschusses: Die vertriebenen Elsäßer, die in Lothringen untergebracht sind, suchen nach einer neuen Tätigkeit. Da diese Landwirte unter ihnen sind, ist der Gedanke entstanden, den Exerzierplatz an sie zu verpachten. Dagegen wehren sich aber die Gemeinden, die bei Schaffung des Exerzierplatzes Land abgeben mußten.

Regierungsreferat vom Arbeitsministerium: 888 000 M sind aus Reichsmitteln für die Siedlung der Elsäßer in Aussicht gestellt worden. Das Land müßte noch 170 000 M aufbringen. Das Reichsministerium des Innern hat erst kürzlich daran erinnert, daß die Zuschüsse nur für die Elsäßer sind.

Werdende u. stillende Mütter

bedürfen noch ärztl. Urteil wegen ungenügender Aufnahme von Milch und manuels ausreichender fröhlicher Nahrung des wirtlich guten und vielseitigen Brustlaktationsmittels Cynobolactin (milch-phosphorhaltiges Kaliumpräparat) 200 Zähl. für 4 Wochen follen nur 16. für Kinder 12. in allen Apotheken-Gaupl-Vertriebs- und Versand: Silda-Apothete, Karlsruhe, 66.

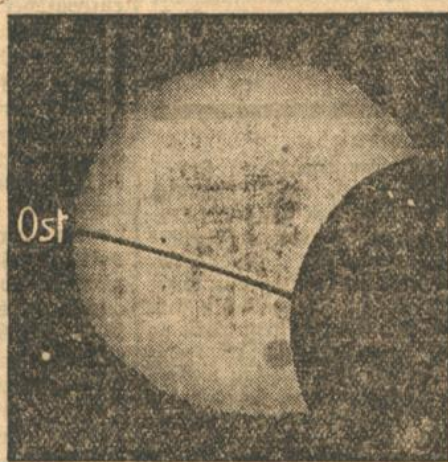
Zur Sonnenfinsternis vom 8. April.

Unser astronomischer Mitarbeiter schreibt uns: Die Finsternis, auf die schon in einem einkleitenden Artikel hingewiesen worden war, scheint in Karlsruhe nur teilweise beobachtbar gewesen zu sein.

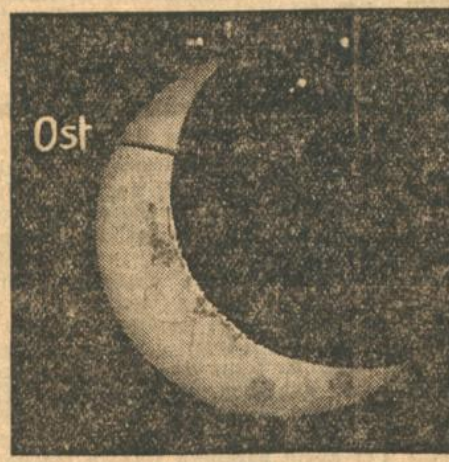
Der Morgen war fast wolkenlos und die Finsternis konnte in ihrem ganzen Verlauf ausgezeichnet verfolgt werden. Von 9 Uhr 15 Min. bis 10 Uhr 25 Min. war die Verdunkelung der Gegend recht auffallend; der Himmel war tief dunkelblau und die Bäume waren von gelbem Licht überglänzt.

Wie in dem Artikel vom 1. April angegeben, konnten mit den gewöhnlichen Mitteln eines Liebhaberphotographen schon gute Bilder des Phänomens hergestellt werden. Eine solche Bildreihe habe auch ich angefertigt; dieselbe ist anbei reproduziert (Abbildung 3) und läßt schon das Vorbeiwandern des Mondes von West nach Ost vor der Sonne erkennen.

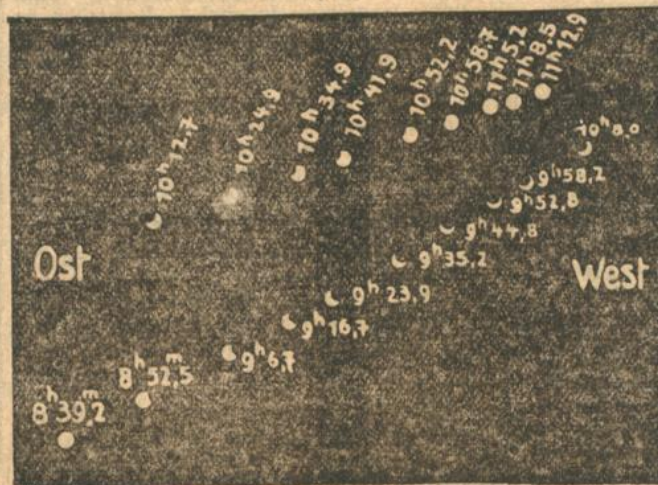
Mit Hilfe eines Fernrohrs wurden auch 56 mal vergrößerte Aufnahmen hergestellt, von denen zwei hier abgebildet sind. Auf der ersten, die am Anfang der Finsternis gewonnen wurde, sieht man außer der teilweise eingetretenen Mondscheibe eine Sonnenflecken-Gruppe im Nordosten (oben, links).



9 Uhr 4 1/2 Min. 56x vergrößert.



9 Uhr 42 Min. 56x vergrößert.



Reihenaufnahme mit Handlameta.

Die zweite, kurz vor der größten Phase gemachte Aufnahme läßt auf der Originalplatte schon das Mondprofil erkennen; die Sonnenflecken waren zu dieser Zeit schon bedeckt. Der dunkle Querstrich, der durch beide Bilder geht, rührt von einem im Gesichtsfeld des Teleskops ausgespannten Faden her, der die Ost-Westrichtung auf den Platten zwecks genauer Ausmessung bezeichnet.

Verfinsternungen des Mondes entstehen bekanntlich dann, wenn zur Zeit des Vollmondes Mond, Erde und Sonne in einer Linie stehen, und der Mond in den Schatten der Erde tritt. Mondfinsternisse sind von allen Orten der Erde, die den Mond über dem Horizont haben, gleichzeitig sichtbar.

Totale Sonnenfinsternisse sind höchst selten und kommen an einem und demselben Orte der Erde nur etwa alle 200 Jahre vor, im allgemeinen finden jährlich wenigstens zwei Finsternisse statt.

neinend. Die Leute würden arm werden, wenn sie nicht schon...

Fischer-Lahr (D.-N.) wendet sich gegen die Stöckung der Ernter...

Wagner-Heidelberg: Mit den Ernter darf nicht Schindluder...

Es wird von sozialdemokratischer Seite ein Antrag eingebracht...

Dr. Wener-Karlsruhe (D.-N.): Das Arbeitsministerium hat das...

Arbeitsminister Dr. Engler: Man versucht überall, die Ernter...

Nach längerer Debatte, an der sich Redner aller Fraktionen...

Das Haus verlegt sich auf nachmittags 1/2 4 Uhr.

Aus Baden.

Die Hilfe für die Brandgeschädigten in Sunthausen.

Der Gesamtvorstand des Badischen Landwirtschaftlichen...

Am Samstag wurde der Kassenfortschritt unter den Trümmern...

Aus der Gemeinde Lannheim sind 6000 Mark dem Hilfsfonds...

Flonheim, 13. April. In der am Montag stattgehabten Sitzung...

Mannheim, 12. April. Der erste Fall des zweiten Verhandlungstages...

Schwellingen, 13. April. Die Schwelinger Spargelfabrik hat...

Baden-Baden, 10. April. Der Assistenzarzt der chirurgischen...

Rehl, 12. April. Das französische Militärpolizeigericht Rehl...

Freiburg, 11. April. Für den im Monat September erstmals...

Badenweiler, 12. April. Der früher in Badenweiler anlässlich...

Dörflinger, 12. April. Hier ist der Güterbesitzer und Spediteur...

chenbegünstigt des allgemein beliebten Mannes war ein außer...

Säckingen, 12. April. Die Sammlung für die Kinderhilfe...

Kleinlausenburg (N. Säckingen), 13. April. Die Schweizerische...

Schonach (N. Triberg), 12. April. Hier brannte das zum so...

Willingen, 13. April. Der Badische Dentistenverband hält...

Konstanz, 13. April. Am verflochtenen Montag wurde hier...

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 13. April 1921.

Vom Karlsruher Stadtpark.

Na. Anfolge des anhaltend schönen Wetters, das dieses Jahr...

Kein Wein und Schnaps aus Frankreich! Der Bund südwest...

Karlsruher Marktbericht vom 13. April. Die heutige Zufuhr...

Der Sterbefallensverein des Dienstpersonals der Verlehn...

Der Verein der Handelsvertreter für Karlsruhe und Umge...

Karlsruher Schwurgericht.

§§ Karlsruhe, 13. April. Gestern wurde zunächst gegen den...

Als fünfter Fall kam die Anklage gegen den Kaufmann Leopold...

Turnen / Spiel / Sport.

Bayerischer Landesverband für Leibesübungen in München. Am...

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel, 13. April, morg. 6 Uhr: 0,52 m, gest. 7 cm.

Advertisement for Carl Lassen, featuring 'bedeutende Bahnfracht-Erhöhung' and 'Auslandstransporte'.

Advertisement for Mottenbrut (mothballs) and Haaripangen (hairbrushes).

Reichsland-angeordneter Curtius über die politische Lage.

Gestern abend sprach der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete für Baden, Herr Dr. Curtius im Saale des Friedrichshofes über die politische Lage. Seine Ausführungen wirkten dadurch besonders angenehm, daß sie in ihrem Hauptteil nicht auf parteipolitische Agitation angelegt, sondern auf eine objektive Betrachtung, vor allem der außerpolitischen Dinge, gestellt waren. Dr. Curtius befaßte sich zunächst mit den Londoner Verhandlungen, wobei er die Haltung der deutschen Delegation unter Führung von Dr. Simons in weitgehendem Maße gegen Angriffe verteidigte, die von der äußersten Rechten her auf Simons erhoben worden sind. Die Überbreitung der Vollmacht durch Simons muß nach den Ausführungen von Dr. Curtius aus der Situation heraus verstanden werden. Man muß sich Dr. Simons danken, daß er der erste Mann gewesen ist, der die Entzweiung in „Rein“ zu sagen wagte. Dann muß man auch das Verdienst des Dr. Simons anerkennen, daß er die Schuldfrage in London wieder aufgerollt hat und den Entzweiungsgemachten untern Standpunkt gegenüber gehalten hat. Von George hat in London ganz deutlich erklärt, daß die Auffassung von der deutschen Wehrkraft die Grundlage sei, auf der sich der Vorkriegs-Friedensvertrag aufbaue. Zu einer Revision des Friedensvertrages werden wir also nicht kommen, ehe nicht diese Auffassung schüttelt worden ist. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die große Masse in den Ländern der Alliierten wie der Neutralen nie überzeugt ist. Es ist ein Riesenkampf, der aber aufgenommen werden muß und in dem die Regierung von der ganzen Öffentlichkeit unterstützt werden muß. In der Situation, in der wir nach dem Londoner Abkommen auf die Bildung eines neuen europäischen Abwehrwillens an. Wir haben aus tiefer Sorge heraus versucht, eine einheitliche Front zu bilden. Es ist nicht ganz gelungen, doch hatten wir die Genugtuung, daß das deutsche Volk in den Verhandlungen des Reichstages den einheitlichen Abwehrwillen zum Ausdruck brachte, der auch den sozialdemokratischen Seite ausstrahlte wurde. Der frühere Reichstagsminister, Herrmann Müller, hat erklärt, daß keine deutsche Regierung möglich ist, die die Pariser Entschlüsse annehmen können. Daran dürfen wir uns halten und uns über die Haltung der Sozialdemokratie freuen. Über die Bedeutung der Sanktionen führte der Redner aus, daß wir sie, wenn auch noch nicht heute, so doch in Wochen und Monaten in ihrer ganzen Schwere empfinden würden. Die Aufhebung ist wohl nicht richtig, daß die Franzosen durch die Zollabhebung dahin streben, daß Rheinland wirtschaftlich zu vernichten. Man wird diesmal die Politik des Zudeckens nicht der Welt gegenübernehmen. Wir haben den Wirtschaftskrieg aufgenommen. Die letzten Kaufleute, die noch Geschäfte mit den alliierten Ländern

machen, tun es auf eigenes Risiko. Eine Entschädigung durch das Reich wird nicht gewährt werden. Allerdings wird sich die Reichsregierung bemühen, die Schäden auf ein Minimum herabzudrücken. Man wird der Arbeitslosigkeit dadurch zu begegnen suchen, daß man Milliarden für Wohnungsbau auswirft, man wird auch versuchen, den Handel nach dem Osten abzulenken. Nachdem England mit Rußland einen Handelsvertrag abgeschlossen hat, sollten wir auch nicht mehr so ängstlich sein, wenn wir uns auch gegen den Import der geistigen Ware, des Bolschewismus, natürlich wehren müssen. In der Reparationsfrage gibt es, nicht also deutsch, nicht also objektiv zu werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir bereits heute auf Grund des Friedensvertrages mehr als jemals in der Geschichte ein Volk nach seiner Niedertage geleistet haben. Die Werte, die wir abgeliefert haben, werden von der Regierung auf 20 Milliarden Goldmark geschätzt. Wenn die Gegner zu einem geringeren Ergebnis gelangen, so liegt das daran, daß die Engländer die deutschen Schiffe wegen ihrer derzeitigen Unverkäuflichkeit auf dem Weltmarkt zu niedrig einschätzen. Es ist also keinerlei Veranlassung zu den von Frankreich für den 1. Mai angekündigten Sanktionen. Wie die Dinge nun heute liegen, kann es allerdings nicht bleiben. Wir sind bereit zum Wiederaufbau. Wir haben uns vielleicht im Jahre 1919 zu eifrig danach gedrängt, den Wiederaufbau Nordfrankreichs in die Hände zu nehmen und dadurch die Franzosen leicht im Jahre 1919 zu eifrig danach gedrängt, den Wiederaufbau vorzuschlagen, wir haben versucht, Festkräfte auszurichten. Deutsche Unternehmer wollten als Subunternehmer französischer Unternehmer tätig sein, deutsche Arbeiter wurden angeboten, aber die Franzosen haben alles abgelehnt. Wenn auch vielleicht unsere Vorschläge zu sehr vom grünen Tisch gemacht waren, so trägt auch an dem atemberaubenden Charakter der Vorschläge Frankreich die Schuld, das uns auf alle Bemühungen hin den Tatbestand nicht mitgeteilt hat. Wie die Dinge heute liegen, handelt es sich kaum noch um den Wiederaufbau des alten Nordfrankreichs, sondern um eine jahrzehntelange Kolonisation, jedoch erst festgestellt werden muß, wie überhaupt aufgebaut werden soll. Es scheint allerdings, als ob unter dem Druck der Not die öffentliche Meinung in Frankreich sich zu ändern anfängt. Im deutschen Wiederaufbauamt ist in diesen Tagen eine Konferenz zusammengetreten, die in den nächsten Tagen Vorschläge über den Wiederaufbau ausarbeiten soll. An dieser Frage ist der Außenminister Dr. Simons besonders interessiert, und das ist es wohl, woran er bei seinem Matin-Interview gedacht hat. Wir sollten uns nicht zu sehr auf Amerika verlassen. In Amerika gelten nur geschäftliche Rücksichten, keine moralische Annahmen. Wir müssen zwar mit Amerika ins Reine kommen, aber nicht um den Preis der nationalen Ehre, indem wir ein neues Schuldenbekenntnis abgeben. Zur Entwarnungsfrage übergehend, verteidigte der Redner die Haltung seiner Partei zum Entwarnungsgebot, in dem

es möglich gewesen sei, verschiedene Widerungen anzubringen. Und dem auch der größte Teil der Deutschnationalen zugestimmt hat. Das Gebot ist nur ein Ausführungsgebot zum Friedensvertrag. Aber auch innerpolitische Rücksichten kommen hinzu. Es galt die einheitliche Abwehrfront zu sichern, und wenn die Parteien der Rechten und der Mitte gegen das Gebot gestimmt hätten, so wäre die Einheit an der Erörterung der Sozialdemokratie in die Brüche gegangen. Dann wies Dr. Curtius noch auf den großen Ernst und die Zukunftsbedeutung der oberirdischen Frage hin, wo die Gefahr besteht, daß Oberösterreich geteilt werde. Es sei ein Unikum ein Selbstbestimmungsrecht der Völker durch ein Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden erfragen zu wollen. Auch oberösterreichische Völkler haben erklärt, daß Oberösterreich nicht geteilt werden dürfe, daß es entweder ganz deutsch oder ganz polnisch werden müsse. Der Redner ging dann, wie er sagte, nur ungenau und nur durch Scheidemanns Ausführungen in Mannheim gezwungen, zur Erörterung innerpolitischer und parteipolitischer Dinge über, indem er sich mit der preußischen Regierung in Frage beschäftigte und in Zurückweisung der Scheidemanns Anfrage auf die Deutsche Volkspartei deren Stellung umriß. Zum Schluß befaßte er sich noch mit dem englischen Vergarbestreik, und mit dem Abteuerer Karls. In der ersten Anwesenheit kam er auf Grund der gleichen Argumente, die in der „Badischen Presse“ kürzlich von uns ausführlich dargelegt wurden, zu dem gleichen Ergebnis, daß man sich nicht über den englischen Bergarbeiterstreik freuen soll und daß es am Besten sei, wenn ein Kompromiss zustande käme. Auch die Ausführungen zum Abteuerer Karls bedekten sich im Wesentlichen mit den Gedanken, die hier schon wieder gegeben worden sind, daß nämlich das Abteuerer des Erfinders Karls nichts mit der monarchischen und nichts mit konstitutionellen Fragen zu tun hat, daß für uns nur in Frage kommt, daß dieser letzte Habsburger Vertreter an unserer gemeinsamen Sache war, daß er als Trabant Frankreichs regieren würde und daß wir ihm daher Glück zu seiner Flucht nach Spanien und am liebsten dahin wünschen, wo der Feind wohnt. Im Anschluß an ein Zitat aus Dehmel schloß der Redner, mit dem Hoffung auf eine bessere Zukunft in einem freien deutschen Vaterland.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe. Allgemeine Witterungsübersicht. Bei meist heiterem Himmel stiegen die gestrigen Nachmittags-temperaturen wieder über 20 Grad an. Vereinzelt wurden leichte Gewitter beobachtet. Der hohe Druck ist jetzt nach Südwesteuropa zurückgewichen, während im Norden meist südwärts sich erstreckende Tiefdruckgebiete vorbeiziehen und Einfluß auf Süddeutschland gewinnen. Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag, 14. April 1921. Zunehmende Bewölkung, geringer Regen. kühl.

Statt besonderer Anzeige. Montag abend entschlief mein lieber Mann, unser guter Vater B19983 der Geheime Kriegsrat Ernst Feez. Lulu Feez, geb. Roever, u. Söhne. Karlsruhe, den 13. April 1921.

Todes-Anzeige. Schreier erfüllt teile ich hierdurch mit, daß heute früh mein guter, treuer Gatte Georg Jakob Gauer Betriebsassistent a. D., Veteran 1870/71 nach vollendetem 73. Lebensjahre unerwartet nach kurzem Krankenlager, verschieden ist. 8005 Karlsruhe-Rüppurr, 13. April 1921. Im Namen der trauernd Hinterbliebenen: Juliane Gauer, geb. Bernhard. Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr vom Trauerhaus Rüppurr, Auerstr. 10, statt.

Danksagung. Verwandten u. Bekannten insbesondere den Herren Vorgesetzten und Beamten der Städt. Gasverwaltung Karlsruhe danken wir herzlich für treues Gedenken und für die Begleitung zur letzten Ruhestätte unseres Bruders 1541a Ludwig Thümling Adolphine Limberger, geb. Thümling und Familie, Ettingen. Mina Gurlich, geb. Thümling und Familie, Smyrna (Kleinasien). Julius Thümling und Familie, Chicago, Ill. Adolf Limberger, Bankdirektor, Ettingen. KARLSRUHE, den 13. April 1921.

Danksagung. Für die herzlichste Teilnahme bei dem schweren Verluste unserer lieben Entschlafenen sprechen wir allen unsern innigsten Dank aus. B11515 Die trauernden Hinterbliebenen: Andreas Ritter, Ludwig Maier. Karlsruhe, den 13. April 1921. Herrenstraße 29.

Trauer-Hüte in jeder Prägung stets vorrätig. 7115 Geschw. Gutmann, Ecke Kalsor-u. Waldstrasse. Trauerbriefe werden reich angefertigt in der Druckerei der „Bad. Presse“.

Schlosser um Betrieb eines pat. Sichel heilts Schlosses gegen guten Verdienst. Off. unt. S. C. 755 an Rudolf Mohr, Stuttgart.

Geschäfts-Verlegung. Ab 1. April er. befindet sich mein Grabdenkmal-Geschäft Karl-Wilhelmstrasse 90 am Endpunkt der Straßenbahn. Carl Westermann.

Färbe zu Hause nur mit Heitmann's Farben Marke „Fuchskopf im Stern“ Einfach-Praktisch-Billig!

Offene Stellen. Techniker gesucht. Ein tüchtiger Techniker auf ca. 3 Wochen für Planbearbeitung u. Vorarbeiten gesucht auf sofort nach Karlsruhe. Angebote unt. Nr. 5004 an die „Bad. Presse“.

Bestf. Messing- u. Neusilberwerk rührigen Vertreter mit 12. Referenzen. Offerten unter K. D. 1319 an Rudolf Mohr, Stin.

Einkommense-böhung. Die mit 100 Mk. jährlich in etwa 100 Stunden, bietet sich redigieren. Deren aller Hände, insbes. Kenntnisse mit guten Beziehungen als selbständige, insbesondere durch amerikan. Länder. Kein Kapital nötig. Auszahlung ca. 1000 Mk. Anfragen mit Rückporto unter Nr. 511499 an die „Bad. Presse“.

Sicheren Verdienst! von 100 Mk. jährlich in etwa 100 Stunden, bietet sich redigieren. Deren aller Hände, insbes. Kenntnisse mit guten Beziehungen als selbständige, insbesondere durch amerikan. Länder. Kein Kapital nötig. Auszahlung ca. 1000 Mk. Anfragen mit Rückporto unter Nr. 511499 an die „Bad. Presse“.

Schlosser um Betrieb eines pat. Sichel heilts Schlosses gegen guten Verdienst. Off. unt. S. C. 755 an Rudolf Mohr, Stuttgart.

Allein-Vertretung eines pat., landwirtschaftl. Massen-Artikels, welcher von der Prüfungskommission Hohenheim glänzend begutachtet, ist kreis- oder bezirkswise zu vergeben. Für tücht. Verk. hoh. Verdienst für gute Organisatoren dauernd gut. Einkomm. Nöt. Kap. 2-4000 Mk. Näh. in Karlsruhe am Donnerstag, den 14. April von 9-5 Uhr Hotel Friedrichshof, am Freitag, d. 15. April in Heidelberg, Hotel Reichspost von 10-5 Uhr, in Mannheim am Samstag, d. 16. April im Germania-Automat v. 9-3 Uhr doch Herrn Halter.

Gute, dauernde Existenz. m. Jahreseinkommen von über 100 Mk. in Südb. Herr od. Fräulein, durch Liebernahme der Generalvertretung eines bedeut. Unternehmens geboten. Es handelt sich um eine langjährige erprobte, abwärts rechte und erhaltene Sache. Nur Herren, die wirklich ernstlich eine dauernde Existenz bei organisatorischer Tätigkeit suchen, wollen sich Donnerstag od. Freitag im Schloßhotel bei Professor Dr. Liebermann am 14. April, abends 8 Uhr, in Heidelberg, Hotel Reichspost, am 15. April, abends 8 Uhr, in Mannheim, im Germania-Automat v. 9-3 Uhr doch Herrn Halter.

Reisender-Gesuch. Für alteingeführte Tour in Württemberg und Baden wird von allererster Weinbrennerei und Likörfabrik zum Besuch von Kolonialwaren, Feinkostgeschäften und Konditoreien erste Reisekraft gesucht. Es kommen nur tüchtige, gewandte und repräsentable Herren in Betracht. Angebote mit Referenzen gefl. unter Nr. S. V. 2844 an Rudolf Mohr, Stuttgart. A1380

Tüchtige Flickerin. melde auch neue Sachen anfertigen kann, per sofort gesucht bei 6017 Weidmann, Wendelslohndamm 3, 2 Treppen.

Direktions-Inspektor. der neben den Sachschadenbranchen hauptsächlich die Versicherungsbranche betreiben soll. Best. ausf. Angebots befristet. Off. unt. F. W. K. 750 an Rudolf Mohr, Stuttgart a. M. A1.81

Likör- u. Brennereifachmann. zur Einrichtung und Leitung der Abteilung von großer Fabrik in Hessen gesucht. Angenehme Lebensstellung. Nur Bewerber mit tadelloser Referenzen wollen Offerten mit Bild und Gehaltsansprüchen erreichen (Diskretion zugesichert) unter J. B. 1649a an die Geschäftsstelle der „Bad. Presse“.

Vertreter. Große, leistungs-fähige Robbaumollweberei, welche alle vorzumerkmale Merkmale, wie 6 einnes, Drilledes, Ober, Seideln, Schußeln, Gattune und Schußeln etc. anfertigt, ist an hiesigen Platte einen bei der Kundhaft gut eingeführten, sachmännlichen Vertreter. Angebote unter M. J. 5150/A1287 an die Geschäftsstelle der „Badischen Presse“.

Donnerstag, den 14. u. Freitag, d. 15. d. M. Reste-Tage Es sind große Bestände Reste vorhanden in: Damenkleiderstoffen, Herrenanzugstoffen, Bettbezug- und Wäschestoffen, Schürzen-Stoffen etc. die zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf kommen W. Boländer

Jüng. Kontoristin. zuverlässig. in Ettenar. u. Schreier remoniert. auf Mal oder später gesucht. Ang. u. Nr. 51988 an die „Bad. Presse“.

Rüden Hilfe gesucht. Zum Geschäftreinen wird für die Zeit von 2-3 Uhr täglich bei gut. Bezahlung eine Hilfe gesucht. Angeb. unt. Nr. 5089 an die „Bad. Presse“.

Haus-Mädchen gesucht. Für ardueren Haushalt wird ein drittes, junges, frägliches Mädchen bei gutem Lohn gesucht. Angeb. unter Nr. 5088 an die „Bad. Presse“.

Zimmerrädchen. in nur gutem Hause. Angebote unter Nr. 51147 an die „Bad. Presse“.

Zu vermieten. Wohnungstau. Durlach-Karlsruhe. Kaufe meine schöne 2-Zimmerwohnung Durlach gegen ebensolche od. große Wohnung in Karlsruhe. In erst. Durlach. Verdr. 1. 511803

Wohnungstau. Kaufe meine schöne 2-Zimmerwohnung Durlach gegen ebensolche od. große Wohnung in Karlsruhe. In erst. Durlach. Verdr. 1. 511803

Wohnungstau. Kaufe meine schöne 2-Zimmerwohnung Durlach gegen ebensolche od. große Wohnung in Karlsruhe. In erst. Durlach. Verdr. 1. 511803

Wohnungstau. Kaufe meine schöne 2-Zimmerwohnung Durlach gegen ebensolche od. große Wohnung in Karlsruhe. In erst. Durlach. Verdr. 1. 511803

Conjüche. meine 4-Zimmer-Wohnung, m. elektr. Licht (Waldstr. 19) gea. 3 od. 4 Zimmer. Angebote unt. Nr. 51982 an die „Bad. Presse“.

Möbl. Zimmer. mit 15. April an Herrn an vermieten. 511499 an die „Bad. Presse“.

Möbl. Zimmer. mit 15. April an Herrn an vermieten. 511499 an die „Bad. Presse“.

Möbl. Zimmer. mit 15. April an Herrn an vermieten. 511499 an die „Bad. Presse“.

Möbl. Zimmer. mit 15. April an Herrn an vermieten. 511499 an die „Bad. Presse“.

Möbl. Zimmer. mit 15. April an Herrn an vermieten. 511499 an die „Bad. Presse“.

Möbl. Zimmer. mit 15. April an Herrn an vermieten. 511499 an die „Bad. Presse“.

Möbl. Zimmer. mit 15. April an Herrn an vermieten. 511499 an die „Bad. Presse“.

